



Der allgemeine Arbeitsmarkt kümmert sich nicht

Daniel Tabert, Vorstand der Werkstattträte Deutschland, über das Lobbying für Menschen mit Behinderung, die Inklusion auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und die Kritik an Werkstätten.

Interview: Malte Bollmeier

Die Werkstattträte Deutschland vertreten die Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Warum engagieren Sie sich in dem Verein?

Die Arbeit von Werkstattträten ist eine politische Aufgabe. Ich möchte den Beschäftigten in den Werkstätten in der Politik Gehör verschaffen. Das ist mir auch ein Anliegen, weil ich mit meiner Epilepsie-Erkrankung selbst eine Behinderung habe. Zudem beschäftige ich mich allgemein mit dem Thema Gleichberechtigung, beispielweise auch mit Frauenrechten.

Wie unterstützen Sie die Beschäftigten? Werkstattträte kümmern sich vor Ort um die Beschäftigten. Die Werkstattträte Deutschland vertreten die Beschäftigten auf Bundesebene. Wir schreiben etwa Positionspapiere und reagieren auf gesetzliche Veränderungen. Am 24. Mai veranstalten wir zum Beispiel einen Aktionstag vor dem Bundestag unter dem Motto ‚Gute Leistung! Gutes Geld!‘.

Zeigen diese Aktionen und die Arbeit der Werkstattträte Wirkung?

Wir Werkstattträte werden gehört, sowohl in den Werkstätten als auch in der Politik. Und wir haben schon einiges erreicht. Ein gutes Beispiel war die Maskenpflicht zum Ende der Pandemie. Anders als auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sollten wir den ganzen Tag über FFP2-Masken tragen. Das fanden wir ungerecht, weil bereits klar war, dass Werkstattbeschäftigte nicht per se gefährdet sind. Auf unser Drängen hin wurde die Regel an die des allgemeinen Arbeitsmarktes angepasst.

Mit welcher Politikerin oder welchem Politiker hatten Sie zuletzt Kontakt?

Meistens sprechen wir mit den Behindertenbeauftragten der Bundestagsparteien und dem Beauftragten der Bundesregierung Jürgen Dusel. Es finden regelmäßig Gespräche statt, etwa zum Thema Entgelt oder der Zukunft der Werkstätten. Oder es geht eben um etwas Akutes wie die Maskenpflicht, wo Politiker nicht an die Werkstattbeschäftigten gedacht hatten.

Sind Sie mit dem Austausch zufrieden?

Mit dem Austausch an sich ja. Die Mühlen der Politik mahlen aber sehr langsam. Mit den Ergebnissen sind wir daher nur teilweise zufrieden. Insbesondere mit dem Thema

Inklusion und dem Entgeltsystem für Werkstattbeschäftigte sind wir sehr unzufrieden. Wir müssen viel Geduld mitbringen.

Was wünschen sich die Beschäftigten in den Werkstätten am meisten?

Sie wünschen sich definitiv eine bessere Bezahlung und mehr Anerkennung für ihre Arbeit. Die Beschäftigten arbeiten meist Tag für Tag acht Stunden in den Werkstätten und gehen Tätigkeiten nach, die auch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden sind. Viele Werkstattbeschäftigte haben schon auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gearbeitet. Die Entscheidung, wieder dort zu arbeiten, fällt ihnen aber häufig schwer. Oft haben sie Angst. Das gilt auch für diejenigen, die noch nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt waren.

Wovor haben sie Angst?

Sie fürchten sich vor dem Leistungsdruck des allgemeinen Arbeitsmarktes und sorgen sich um ihre Gesundheit. Die Anzahl der Menschen, die aufgrund einer psychischen Erkrankung in die Werkstatt kommen, steigt stark. Insbesondere Menschen mit Burn-out befürchten, dass sie ihre Krankheit erneut durchmachen müssen, wenn sie sich dem Druck des allgemeinen Arbeitsmarktes aussetzen. Beschäftigte mit kognitiver Beeinträchtigung hingegen sind häufig langsamer. Sie brauchen mehr Zeit, um Gelerntes umzusetzen. Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt musst du aber viel schneller sein. Auch da ist die Angst: Das schaffen wir nicht. Der allgemeine Arbeitsmarkt kümmert sich nicht um die Menschen mit Behinderung, sondern er fordert. Entweder du überstehst das oder du bist dort am falschen Ort.

Was machen die Werkstätten besser?

Die Werkstätten fangen ihre Beschäftigten auf und behandeln sie mit Respekt und auf Augenhöhe. Die Werkstattbeschäftigten finden hier soziale Kontakte und Struktur. Besonders für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, die oft vom allgemeinen Arbeitsmarkt kommen, geht es in der Werkstatt wieder aufwärts. Daher fühlen sich die meisten Menschen in den Werkstätten wohl.

Einige Politiker und Aktivisten behaupten, Werkstätten würden Mitarbeitende vom Eintritt in den allgemeinen Arbeitsmarkt abhalten, weil sonst die Umsätze der Werk-

„Die Beschäftigten fürchten sich vor Leistungsdruck und sorgen sich um ihre Gesundheit.“

Der Engagierte

Für Daniel Tabert wurde Politik vom Hobby zum Beruf. Seit 2016 setzt sich der 42-Jährige als Werkstattträt für die Rechte von Menschen mit Behinderung ein. Er ist als Werkstattträt freigestellt und vertritt seine Kolleginnen und Kollegen. Tabert ist seit 2017 zusätzlich in der Landesarbeitsgemeinschaft Werkstattträte Hessen. Seit November 2022 engagiert er sich als stellvertretender Vorsitzender der Werkstattträte Deutschland bundesweit für Werkstattbeschäftigte. Tabert arbeitet bei der Reha Mitte, einer Werkstatt der Lebenshilfe Gießen, und ist SPD-Mitglied. Er stammt aus dem nordrhein-westfälischen Euskirchen. 2002 schloss er eine Ausbildung als Hauswirtschaftshelfer ab, konnte diese Tätigkeit wegen seiner Epilepsie-Erkrankung aber nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausüben.

„Die Werkstätten haben keine Schuld an den wenigen Übergängen auf den ersten Arbeitsmarkt. Für uns ist die Idee nicht nachvollziehbar, sie abzuschaffen.“

stätten einbrächen. Liegt es auch an den Werkstätten, dass die Inklusion auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt so langsam vorangeht?

Nach meiner Auffassung nicht. Ich kenne viele Werkstätten, wo viel für die Inklusion getan wird. Aber schwarze Schafe gibt es überall, auch unter den Werkstätten. Für den Übergang muss aber besonders die Politik mehr tun.

Wie lässt sich der Übergang für Werkstattbeschäftigte auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtern?

Der Staat muss zum Beispiel die Bildungsmöglichkeiten für Werkstattbeschäftigte ausbauen. Die Werkstatträte Deutschland werben außerdem für zwei bereits bestehende Fördermaßnahmen, das Budget für Arbeit und das Budget für Ausbildung. Diese sollen Menschen mit Behinderung helfen, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Sie können diese Förderungen beantragen. Dann schauen die Behörden, welche Unterstützung der Mensch mit Behinderung und welche Unterstützung der Arbeitgeber braucht, um den Arbeitsplatz inklusiv zu machen. Der Arbeitgeber erhält aus dem Budget für Arbeit einen Zuschuss von bis zu 75 Prozent des Gehalts des neuen Arbeitnehmers. Das sind sehr gute Fördermittel, aber nur wenige Arbeitnehmer und Unternehmen nutzen sie.

Warum?

Es wird zu wenig Werbung für die Budgets für Ausbildung und Arbeit gemacht. Und die Verfahren, um die Budgets zu beantragen, sind sehr bürokratisch und dauern zu lange. Für Arbeitgeber ist es einfacher und viel schneller, Mitarbeitende ohne Behinderung einzustellen. Der allgemeine Arbeitsmarkt nimmt daher nur sehr wenige Menschen mit Behinderung auf.

Würden Sie gerne auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten?

So wie der Markt zurzeit gestaltet ist, würde ich da wegen meiner Epilepsie-Erkrankung keinen Fuß fassen. Ich habe zwar eine Ausbildung als Hauswirtschaftshelfer gemacht und Praktika auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt absolviert. Aber seitdem hat sich meine Krankheit verschlechtert. Das hat mich zwischenzeitlich in die Werkstatt zurückge-

bracht. Die Leistungen, die ich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erbringen muss, sind absolut nicht konform mit meiner Erkrankung. Ich sehe da keine Zukunft für mich.

Was sagen Sie zu Kritikern, die Werkstätten abschaffen wollen, weil sie den Übergang der Beschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu wenig fördern würden?

Die Forderung ist für uns nicht nachvollziehbar. Die meisten dieser Kritiker haben sich noch nie mit einer Werkstatt beschäftigt. Sie haben keine Ahnung, was die Menschen in den Werkstätten machen. Die Werkstätten haben keine Schuld an den wenigen Übergängen. Die eigentliche Frage lautet: Ist der allgemeine Arbeitsmarkt inklusiv genug, um die Menschen mit Behinderung aufnehmen zu können, falls wir die Werkstätten abschaffen? Das ist er nicht. Ganz im Gegenteil. Menschen kommen oft vom allgemeinen Arbeitsmarkt in die Werkstatt. Ihre psychischen Probleme würden sich unter dem Druck des allgemeinen Arbeitsmarktes verschlimmern. Etliche Werkstattbeschäftigte sind zum Beispiel ehemalige Pflegekräfte, die mit einem Burn-out zu uns kamen. Deswegen setzen sich die Werkstatträte Deutschland dafür ein, die Werkstätten zu erhalten. Dort haben die Beschäftigten keinen Leistungsdruck. Für sie ist es wie ein zweites Zuhause. Zudem finden viele Menschen Erfüllung in den Werkstätten und können sich kreativ ausleben.

Wie genau können sie das dort?

Einige Werkstätten bieten etwa landwirtschaftliche Tätigkeiten oder Kunsthandwerk. Es gibt sehr viele unterschiedliche Werkstätten. Man kann sie nicht verallgemeinern. Sie sind so divers wie Unternehmen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Wir haben auch Beschäftigte, die Parkanlagen pflegen. Ich kenne eine Werkstatt, die eine eigene Friedhofsgärtnerei hat. Die Mitarbeitenden pflegen die Gräber der Menschen.

Bei allem Lob für Werkstätten, welche Probleme haben die Einrichtungen?

Die Kommunikation und Kooperation zwischen den Werkstätten muss sich verbessern. Und die veraltete Werkstättenverordnung muss dringend erneuert werden. Wir haben ein Positionspapier mit dem Titel ‚Die Zukunft unserer Arbeit‘ entwickelt. Darin

fordern wir etwa, dass die Werkstattleistung personen- und nicht ortsgebunden sein soll. Die Beschäftigten würden dann die Leistungen, die sie in einer Werkstatt bekommen, auch an anderen Orten erhalten. Zudem wollen wir, dass die Regierung den Förderbereich der Werkstätten abschafft. Dort sind Menschen, denen der Gesetzgeber wegen der Schwere ihrer Behinderung von vornherein abspricht, das vorgeschriebene Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeit erbringen zu können. Sie dürfen daher nicht in den Werkstätten arbeiten. Sowohl dieser pauschale Ausschluss als auch die Regel, ein Mindestmaß leisten zu müssen, sind diskriminierend.

Sind die Werkstattbeschäftigten mit ihrer Bezahlung zufrieden?

Nein, absolut nicht. Wir fordern eine bessere Bezahlung. Im Durchschnitt bekommen Werkstattbeschäftigte im Monat nur 220 Euro Entgelt für ihre Arbeit. Falls Werkstattbeschäftigte in Zukunft mehr verdienen, darf der Staat diesen Mehrverdienst nicht mit den Sozialleistungen verrechnen. Zudem erhalten viele Beschäftigte, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, keine Erwerbsminderungsrente, weil sie dafür 20 Jahre in einer Werkstatt gearbeitet haben müssen. Viele Mitarbeitende sind daher in der Rente auf die Grundsicherung angewiesen.

Wie viel sollten Werkstattbeschäftigte verdienen?

Wir haben mit den Beschäftigten besprochen, wie sie gerne bezahlt werden möchten, und anschließend das Basisgeld entwickelt. Es beträgt 70 Prozent des deutschen Durchschnittseinkommens. Das Basisgeld soll aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Zudem bekommen die Beschäftigten weiter das Entgelt von durchschnittlich 220 Euro. Die Idee des Basisgeldes ist abgeleitet von der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Das Basisgeld sollen nicht nur Werkstattbeschäftigte erhalten, sondern alle Menschen, die als dauerhaft vollqualifizierend gelten.

Warum fordern Sie nicht den Mindestlohn von monatlich etwa 1600 Euro netto?

Der Mindestlohn ist nicht der richtige Weg, weil wir davon ausgehen, dass die Werkstattbeschäftigten ihn selbst erwirtschaften

müssten. Und das ist den Werkstätten nicht möglich. Ansonsten würde sich der Charakter der Werkstätten komplett verändern. Der Leistungsdruck wäre so hoch wie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Was sagt die Politik zu Ihrem Vorschlag des Basisgeldes?

Sie wartet die Ergebnisse einer Studie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ab, die seit vier Jahren läuft. Die Studie prüft, wie ein neues Entgeltsystem für Werkstattbeschäftigte aussehen könnte. Sie untersucht verschiedene Modelle wie den Mindestlohn oder unser Basisgeld. Der Abschlussbericht der Studie soll Ende Juni erscheinen.

Abgesehen vom Thema Werkstätten und Arbeitsmarkt, wie steht es Ihrer Meinung nach allgemein um die Inklusion von Menschen mit Behinderung?

Es geht nur sehr langsam voran. Meiner Meinung nach geht es im Grunde um Gleichberechtigung, wie etwa bei der Gleichberechtigung der Frau. Die Frauen kämpfen seit langem für die Umsetzung ihrer Rechte und sind immer noch dabei. Warum sollte es mit der Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung schneller gehen als bei den Frauen? Die UN-Behindertenrechtskonvention ist erst 2009 in Kraft getreten. Von der Umsetzung sind wir noch Generationen entfernt. Das ist vor allem Kopsache.

Was muss sich in den Köpfen ändern?

Nur weil Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben sind, heißt das noch lange nicht, dass auch im privaten Bereich Menschen mit und ohne Behinderung miteinander zu tun haben. Die Gesellschaft muss beeinträchtigte Menschen besser in das allgemeine Sozialleben integrieren, dann funktioniert auch das gemeinsame Arbeitsleben. Zudem muss die Gesellschaft ihre Einstellung überdenken und erkennen, dass Menschen mit Behinderung zwar so zuverlässig sind wie andere Menschen auch, aber mehr Zeit brauchen. Dafür muss die Gesellschaft aber wiederum ihre Haltung zu Arbeit wandeln. Ich weiß, das sind ganz große Fässer, die wir da aufmachen. Aber solange sich diese Gesellschaft und ihre Arbeitsweise nicht grundsätzlich ändern, wird die Integration von Menschen mit Behinderung nur sehr schwerfällig vorangehen. ■

Über unsere
Social Media Kanäle
halten wir Sie auf
dem Laufenden.

**Folgen
Sie uns:**
@wohlfahrtintern

Die wichtigsten
TWEETS UND POSTS
der Sozialwirtschaft erhalten Sie
auf Twitter, Facebook und Xing.

